



Wahlkreis 49	 Hajo Siemes	 Michael Schroeren	 Rohat Yildirim	 Oliver Faller	 Klaus Heimbucher	 Hans-Willi Körfges
Positionierung zur These?	JA	NEIN	JA	JA	JA	JA
Positionierungsoptionen	„Stimme zu“		„Stimme nicht zu“		„Unentschlossen“	







## Mönchengladbacher Landtagskandidaten 2012 des Wahlkreises 49 (Mönchengladbach I) antworteten auf „Thesen“ von abgeordnetenwatch.de







**abgeordnetenwatch.de** hat auf Grundlage der aktuellen politischen Diskussionen in NRW und in Hinblick auf die durch die Landtagsauflösung vollkommen neu anzustoßenden Gesetzgebungsverfahren 23 Thesen formuliert und den Landtagskandidaten die Möglichkeit gegeben, sich zu den jeweiligen Thesen zu positionieren. Einige der Kandidaten des Wahlkreises 49, die sich an diesem „Kandidatencheck“ beteiligt haben, haben ergänzend ihre Positionierungen begründet.

Stand: 29. April 2012

Wahlkreis 49	 Hajo Siemes	 Michael Schroeren	 Rohat Yildirim	 Oliver Faller	 Klaus Heimbucher	 Hans-Willi Körfges
Positionierung zur These?	JA	NEIN	JA	JA	JA	JA

Positionierungsoptionen	„Stimme zu“	„Stimme nicht zu“	„Unentschlossen“	
<b>Arbeitsplätze haben Vorrang vor Umweltschutz.</b>	<p>Ich stimme nicht zu, weil man dies nicht gegeneinander aufrechnen kann. Im Bereich Umwelt können viele Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden.</p> <p>Wichtig ist vor allen Dingen eine lebenswerte Welt für unsere Kinder zu hinterlassen.</p> <p>"Gute Arbeit" soll durch neue Arbeitszeitmodelle gestärkt werden.</p>		<p>Rot-Grün hat die Interessen des Industriestandortes NRW und seiner 1,3 Millionen Beschäftigten einer ideologisch motivierten Klimaschutzpolitik untergeordnet.</p> <p>Die FDP steht stattdessen für eine vernunftgeleitete Politik, die für Arbeitsplätze und Umwelt gleichermaßen gute Lösungen hervorbringt</p>	<p>Diese Aussage ist falsch. Umweltschutz schafft neue Arbeitsplätze!</p> <p>Die Frage beinhaltet einen nicht zutreffenden Gegensatz zwischen Arbeit und Umwelt.</p> <p>Gerade im Industrieland NRW kann Umwelttechnologie Arbeitsplätze sichern und schaffen.</p> <p>Klimaschutz zum Beispiel ist ein echter Fortschrittsmotor. Wir haben im Gegensatz zum Bund hierfür auch konkrete Planungen.</p>
<b>Die Studiengebühren sollen wieder eingeführt werden.</b>	<p>Das Studium muss für alle Menschen unabhängig vom Einkommen der Eltern, gleichermaßen möglich sein.</p> <p>Es darf nicht sein, dass junge Menschen durch hohe Gebühren von der Aufnahme eines Studiums abgeschreckt werden.</p> <p>Hiermit kann auch dem Fachkräftemangel entgegen gewirkt werden.</p>		<p>Wenn wir die Qualität unserer Hochschulen erhalten und verbessern wollen, müssen auch die Hochschulabsolventen einen begrenzten finanziellen Beitrag leisten.</p> <p>Studienbeiträge sollen künftig allerdings erst nachgelagert mit Eintritt ins Berufsleben fällig werden.</p>	<p>Dazu gibt es eine Position im Wahlprogramm der PIRATEN.</p> <p>Bildung muss für alle frei sein und frei bleiben.</p> <p>Bildung muss prinzipiell gebührenfrei sein, nur so ist Chancengleichheit möglich.</p>
<b>Es sollte nur noch einen Schultyp für alle geben.</b>	<p>Wichtig dabei ist die Chancengleichheit für alle und das gemeinsame Lernen von Anfang an. Eine spätere Differenzierung ist sinnvoll und manchmal notwendig. Ob dies in einer oder in mehreren Schulformen geleistet werden kann oder soll betrachte ich als zweitrangig.</p>		<p>Die FDP will das Bildungssystem qualitativ weiterentwickeln und das Gymnasium sichern.</p> <p>Im Mittelpunkt muss die individuelle Förderung jedes Kindes stehen.</p> <p>Wenn alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden, werden schwächere Schüler überfordert und die stärksten Schüler unterfordert</p>	<p>Nein, das würde den mühsam gefundenen Schulkonsens wieder in Frage stellen.</p> <p>Längeres gemeinsames Lernen ist auch im Rahmen dieser Einigung möglich.</p> <p>Die Schule muss allen Kindern gleiche Chancen bieten.</p> <p>Das ist durch das gegenwärtige Schulsystem nicht gewährleistet.</p> <p>In Deutschland ist die Schulbildung, wie in keinem anderen Land in Europa, vom sozialen Status abhängig,</p> <p><b>BILDUNG IST EIN MENSCHENRECHT!</b></p>

Wahlkreis 49	 Hajo Siemes	 Michael Schroeren	 Rohat Yildirim	 Oliver Faller	 Klaus Heimbucher	 Hans-Willi Körfges
Positionierung zur These?	JA	NEIN	JA	JA	JA	JA
Positionierungsoptionen	„Stimme zu“		„Stimme nicht zu“		„Unentschlossen“	
Die Hürden für landesweite Volksbegehren sollten deutlich abgesenkt werden.	<p>Demokratie lebt von der "Bewegung von unten". Menschen, die am gesellschaftlichen Leben teilhaben wollen, sollen auch mitbestimmen können.</p> <p>Das Volksbegehren ermöglicht eine aktive Mitgestaltung in unserer Gesellschaft.</p> <p>Daher soll es auch eher möglich gemacht werden.</p>			<p>Immer mehr Bürger haben den Wunsch und die Bereitschaft, Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen und an ihrer Ausgestaltung aktiv mitzuwirken.</p> <p>Dies gebietet es, die Voraussetzungen der repräsentativen Demokratie ergänzenden direkten Beteiligungsrechte der Bürger sinnvoll zu erleichtern</p>	<p>Umfassende Bürgerbeteiligung ist eines der Kernthemen der PIRATEN.</p>	<p>Ja, ohne die Taktiererei der CDU hätte es eine Absenkung bereits in der vergangenen Wahlperiode geben können.</p>
Das Kraftwerk Datteln IV soll in jedem Fall zu Ende gebaut werden.	<p>Kohlekraftwerke sind nicht mehr zeitgemäß und haben einen zu hohen CO2 Ausstoß.</p> <p>Die Klimaziele zur Luftreinheit können durch weitere Kohlekraftwerke nicht mehr eingehalten werden.</p> <p>Die Verschmutzung der Luft schadet unserer Gesundheit.</p> <p>Der Klimawandel ist so schon kaum noch zu stoppen.</p>			<p>Die FDP steht zum Industriestandort NRW.</p> <p>Wir wollen, dass hier die besten und saubersten Kraftwerke gebaut werden, damit alte, ineffiziente Anlagen vom Netz gehen können.</p> <p>Nur so lassen sich Sicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit der Stromversorgung gleichzeitig verwirklichen</p>	<p>Kohlekraftwerke sind ineffizient und klimaschädlich.</p> <p>Obendrein ist dieses Kraftwerk rechtswidrig und unter Umgehung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gebaut worden.</p>	<p>Wir wollen selbst keine Kraftwerke bauen oder abreißen.</p> <p>Die Entscheidung über den Weiterbau muss sich nach geltendem Recht ergeben.</p> <p>Keine Manipulation des rechtlichen Rahmens für oder gegen ein konkretes Projekt wie unter schwarz-gelb.</p>
Das Land muss die Energiewende voranbringen, auch wenn das höhere Strompreise bedeutet.	<p>Die Stromversorgung muss rekommunalisiert und die Strom-Monopole abgeschafft werden, dann werden die Strompreise auch nicht steigen.</p> <p>Die Stromerzeugung kann schon heute dezentral durch viele kleine Anlagen immer mehr abgesichert werden. Notfalls muss ein sozialer Ausgleich für Bedürftige her.</p>			<p>Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif, sie darf aber auch nicht zu Lasten einer preiswerten und sicheren Energieversorgung gehen.</p> <p>Wir brauchen bezahlbaren Strom, sonst findet die Energiewende auf Kosten des Industriestandorts NRW und der Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen statt</p>	<p>Die Strompreise werden durch das Profitstreben der Stromkonzerne bestimmt.</p> <p>Die Drohung mit höheren Strompreisen ist ein beliebtes Druckmittel.</p>	<p>Energiewende ja, höhere Stromkosten nein.</p> <p>Die Wende muss nicht automatisch zu höheren Kosten führen.</p> <p>Regenerative Energien müssen effektiv und kostengünstig mit der Senkung des Verbrauchs kombiniert werden.</p>







Wahlkreis 49	 Hajo Siemes	 Michael Schroeren	 Rohat Yildirim	 Oliver Faller	 Klaus Heimbucher	 Hans-Willi Körfges
Positionierung zur These?	JA	NEIN	JA	JA	JA	JA
Positionierungsoptionen	„Stimme zu“		„Stimme nicht zu“		„Unentschlossen“	
Das Land sollte die Erdgasförderung mit der Fracking-Methode erlauben, bei der Chemikalien, Wasser und Sand in die Erde gepumpt werden.	Die Technik ist noch nicht genug erprobt und stellt Umweltrisiken dar.			Durch unkonventionelle Erdgasförderung können teure Erdgas-Importe verringert werden. Für die FDP ist Fracking aber nur außerhalb von Wasserschutzgebieten und bei umfassendem Schutz des Grundwassers verantwortbar. Jede Bohrung muss eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit Bürgerbeteiligung erfordern.	Es gibt eine ausführliche Position der PIRATEN die sich gegen Fracking ausspricht. Die Sauberkeit des Grundwassers und des Erdreiches darf nicht dem Gewinnstreben einiger Konzerne geopfert werden.	Fracking birgt nach derzeitigem Erkenntnisstand zu hohe Risiken für Mensch und Umwelt zum Beispiel beim Trinkwasser.
NRW braucht eine Schuldenbremse in der Landesverfassung.				Die Begrenzung der staatlichen Verschuldung und der damit einhergehende Rückgewinn finanzpolitischer Handlungsspielräume für Investitionen in Bildung und Infrastruktur gehört zu den Kernanliegen der FDP. Die Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung ist daher unabdingbar	Schulden verletzen die Forderung der PIRATEN auf Nachhaltigkeit und belasten kommende Generationen.	Allerdings nicht zu Lasten der Kommunen. Deshalb muss das Land auch eine eigene Formulierung in der Landesverfassung erarbeiten, die einen Weg zur Absenkung der Neuverschuldung konkret beschreibt. Die Landesregierung hat die Neuverschuldung gegenüber der Planung von schwarz-gelb deutlich gesenkt.
Im Haushalt des Landes muss mehr gespart werden.	Steuereinnahmen müssen konsequent für die vielfältigen Aufgaben im Land genutzt werden. Die Steuereinnahmen können durch eine Vermögenssteuer und höhere Kapitalsteuer erhöht werden. Steuerlöcher müssen konsequenter geschlossen und Steuervergehen höher bestraft werden. Dadurch Mehreinnahmen.			Unter Rot-Grün hat Nordrhein-Westfalen über seine Verhältnisse gelebt und sind die Schulden des Landes für teure Wahlgeschenke nach oben getrieben worden. Die Politik muss sich wieder bescheiden und darf das Geld nicht schneller ausgeben als es die Bürgerinnen und Bürger erwirtschaften können.		Ja, aber auch die Einnahmen müssen erhöht werden. Keine Steuergeschenke für Reiche mehr. Starke Schultern können mehr tragen als schwache. Vorbeugende Politik mit Zukunftsinvestitionen senkt die künftigen Kosten.







Wahlkreis 49	 Hajo Siemes	 Michael Schroeren	 Rohat Yildirim	 Oliver Faller	 Klaus Heimbucher	 Hans-Willi Körfges
Positionierung zur These?	JA	NEIN	JA	JA	JA	JA

Positionierungsoptionen	„Stimme zu“	„Stimme nicht zu“	„Unentschlossen“	
<p><b>Die Zahl von Beamten und Angestellten des Landes soll nicht reduziert werden.</b></p>	<p>Es gibt Stellen auch im Lande die eingespart werden können.</p> <p>Andererseits sind immer wieder Behörden überlastet und können die Aufgaben nicht zeitnah erledigen.</p> <p>Hier wäre sicher ein besseres Arbeitsmanagement in manchen Behörden notwendig.</p> <p>Dann könnten sicher auch Stellen eingespart werden.</p>		<p>Über 50 Prozent der Steuereinnahmen des Landes müssen für Personal aufgewendet werden.</p> <p>Wer die Verschuldungspolitik in NRW stoppen will, kommt hier an Einsparungen nicht vorbei.</p> <p>Die FDP hat in ihrer Regierungszeit über 14.000 Stellen sozialverträglich abgebaut.</p> <p>An diesen Erfolg müssen wir anknüpfen.</p>	<p>Nur wenn eine gründliche Aufgabenkritik ergibt, dass das Land sich von Aufgaben trennt, ist ein Stellenabbau überhaupt denkbar.</p> <p>Gerade in der Bildung, bei Polizei und Justiz und in der Finanzverwaltung, also ca.90% der Beschäftigten ist ein Abbau nicht vorstellbar.</p>
<p><b>Wir brauchen einen Solidarpakt West, um zum Beispiel die Kommunen im Ruhrgebiet finanziell zu unterstützen.</b></p>	<p>Stattdessen sollte der Solidaritätszuschlag, den die Kommunen des Westens an den Osten zahlen abgeschafft werden.</p> <p>Manchen Kommunen im Westen geht es mittlerweile finanziell mindestens genauso so schlecht wie vielen im Osten.</p>		<p>Der Solidarpakt Ost läuft bis 2019 und kann nicht ohne weiteres aufgekündigt werden.</p> <p>Statt eine Neiddebatte über den Aufbau Ost zu schüren, sollte die SPD besser darüber nachdenken, wie den strukturschwachen Regionen in Nordrhein-Westfalen konkret geholfen werden kann.</p>	<p>Die Förderung nach Himmelsrichtung entspricht nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten.</p> <p>Städte wie Mönchengladbach müssen ihre Solidarleistungen mit Schulden finanzieren, obwohl wir selbst Strukturprobleme haben.</p>
<p><b>Das Land muss den Kommunen mehr Geld zukommen lassen.</b></p>	<p>Nicht nur das Land, sondern auch der Bund muss für Leistungen, die den Kommunen abverlangt werden, auch die Mittel zur Finanzierung der Aufgaben zur Verfügung stellen.</p>		<p>Unsere Kommunen müssen auf eine dauerhafte, solide Basis gestellt werden.</p> <p>Dabei sind Bund, Land, aber auch die Kommunen selbst gefordert.</p> <p>Wir brauchen eine Gemeindefinanzreform, die für stabile Einnahmen sorgt.</p>	<p>Die Verschuldung der Kommunen ist auch eine Folge der Verlagerung von Kosten vom Bund auf die Länder und weiter an die Kommunen.</p> <p>Die alte Landesregierung hat den Kommunen mehr als 3 Mrd.Euro entzogen.</p> <p>Wir werden in den nächsten 10 Jahren zusätzlich 5,3 Mrd. zur Haushaltssanierung von Städten und Gemeinden beitragen, die sich in besonderen Notlagen befinden.</p> <p>Auch Mönchengladbach wird im Stärkungspakt Hilfe erhalten.</p>







Wahlkreis 49	 Hajo Siemes	 Michael Schroeren	 Rohat Yildirim	 Oliver Faller	 Klaus Heimbucher	 Hans-Willi Körfges
Positionierung zur These?	JA	NEIN	JA	JA	JA	JA

Positionierungsoptionen	„Stimme zu“	„Stimme nicht zu“	„Unentschlossen“		
Eltern von Kleinkindern sollten komplett von Kita-Gebühren befreit werden.	Dies kann aber nur durch einen Ausgleich von Bund und Land finanziert und umgesetzt werden. Es dürfen nicht die Kommunen zusätzlich belastet werden.		Die Beitragsfreiheit aller Kindergartenjahre ist ohne Zweifel erstrebenswert und wird von der FDP grundsätzlich auch als mittelfristiges Ziel unterstützt. Zuerst ist jedoch der dringend notwendige Angebots- und Qualitätsausbau im Bereich der frühkindlichen Bildung voranzutreiben. Das hat Vorrang.	Kitas sind ein wesentlicher Grundstein für einen späteren schulischen Erfolg. Daher müssen Kitas kostenfrei sein um insbesondere Kindern von Migranten und bildungsfernen Schichten bessere Startchancen zu geben.	Die Beitragsfreiheit für das letzte Kita-Jahr war der Einstieg. Chancengleichheit beginnt bei der frühkindlichen Bildung.
NRW braucht einen verschärften Nichtraucherschutz.	In der Gastronomie soll es Ausnahmen nur in kleinen "Eckkneipen" geben, wo kein Essen ausgegeben wird.		Die FDP hat bereits einen umfassenden Nichtraucherschutz ermöglicht. Die rot-grünen Pläne für ein radikales Rauchverbot lehnen wir ab. Wir wollen die lebendige Kneipenkultur in NRW erhalten und für Eckkneipen, gesonderte Raucherräume und geschlossene Gesellschaften weiterhin Ausnahmen zulassen	Ich bin zwar selber Nichtraucher, aber ich kann entscheiden, ob ich in eine Raucherkneipe gehe oder nicht. Das Rauchverbot in Restaurants und in öffentlichen Gebäuden halte ich für sinnvoll.	Die Regelung der Vorgängerregierung war lückenhaft und nicht schlüssig. Deshalb muss ein neues Nichtraucherschutzgesetz auf den Weg gebracht werden. Die Regelungen dürfen allerdings keine überzogenen Einschränkungen bei Brauchtumsveranstaltungen beinhalten.
Politiker sollten ihre Einkünfte vollständig offen legen.			Seit 2005 sorgen strenge Regeln für Abgeordnete für deutlich mehr Transparenz in NRW. Sämtliche Nebentätigkeiten sind für die Bürgerinnen und Bürger im Internet einsehbar und nach Art, Höhe und Herkunft dem Landtagspräsidenten anzuzeigen. Zugleich werden aber auch die Persönlichkeitsrechte gewahrt	Ich gehe sogar noch weiter. Ich halte eine Regelung wie in Schweden, wo jeder die Einkommensteuererklärungen aller Bürger einsehen kann, für sinnvoll. Dieses Thema ist allerdings bei den PIRATEN umstritten.	Das gilt auch und gerade für alle Nebeneinkünfte.

Wahlkreis 49	 Hajo Siemes	 Michael Schroeren	 Rohat Yildirim	 Oliver Faller	 Klaus Heimbucher	 Hans-Willi Körfges
Positionierung zur These?	JA	NEIN	JA	JA	JA	JA
Positionierungsoptionen	„Stimme zu“		„Stimme nicht zu“		„Unentschlossen“	
Politiker sollten besser bezahlt werden.				<p>Abgeordnete müssen vernünftig bezahlt werden.</p> <p>Aber die von CDU, SPD und Grünen im Februar durchgesetzte Erhöhung der Diäten um 500 Euro monatlich war willkürlich und völlig unangemessen.</p> <p>Die FDP hat sie deshalb abgelehnt und den Verzicht auf die weiterein 2012 vorgesehene Diätenerhöhung gefordert.</p>	<p>Ich halte eine angemessene Bezahlung von Politikern trotzdem für wichtig, da dadurch die Unabhängigkeit der Politiker gewährleistet werden kann.</p> <p>Eine bessere Lösung wäre allerdings eine vollständige Offenlegung aller Einkünfte.</p>	<p>Die Abgeordnetenbezüge in NRW sind angemessen und entsprechen anders als in allen anderen deutschen Parlamenten den Regeln für normale Steuerbürgerinnen und Steuerbürger.</p> <p>Es gibt keine beitragsfreie Versorgung und keine steuerfreien Pauschalen.</p>
Das Land braucht ein bezahlbares Sozialticket.	<p>Auch Menschen mit geringerem Einkommen haben ein Recht auf Mobilität.</p> <p>Dies kann durch ein Sozialticket umgesetzt werden. Außerdem motiviert es die Menschen Bahn und Bus öfter zu nutzen und damit attraktiver zu machen.</p>			<p>Sozialtickets sind Sache der Kommunen, die für die Sozialleistungen und den ÖPNV vor Ort zuständig sind.</p> <p>Zuschüsse des Landes für Sozialtickets, die über die bisherigen Finanzzuweisungen an die Kommunen hinausgehen, sind angesichts der hohen Verschuldung Nordrhein-Westfalens nicht darstellbar.</p>	<p>Mobilität ist, insbesondere bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung, wichtig.</p> <p>Die PIRATEN treten darüber hinaus für einen fahrscheinlosen (nicht kostenlosen) öffentlichen Nahverkehr ein.</p>	<p>Wir fördern landesweit ein Sozialticket, damit auch Menschen mit geringem Einkommen mobil sind.</p>
Die Castorbehälter sollen in Jülich bleiben, bis ein Endlager gefunden ist.	<p>Ein Endlager soll bundesweit gesucht und gefunden werden.</p> <p>Solange dies nicht der Fall ist, soll der Müll dort sicher abgelagert werden, wo er entsteht.</p> <p>Bisher gibt es kein sicheres Endlager im ganzen Land.</p> <p>Dadurch sind alle Castortransporte unnötig und schädlich.</p>			<p>Für die FDP hat bei der Lagerung der Castoren die Sicherheit absoluten Vorrang.</p> <p>Wenn das Lager in Jülich nicht ertüchtigt wird, droht ein rechtswidriger Zustand mit unkalkulierbaren Gefahren.</p> <p>Dann muss die weitere Zwischenlagerung an einem Standort mit maximalen Sicherheitsanforderungen erfolgen.</p>	<p>Transporte radioaktiven Materials sollten aus Sicherheitsgründen auf das absolut Notwendigste begrenzt werden.</p>	<p>Kein Transporte durch NRW in ein Zwischenlager, wir benötigen eine sichere Endlagerung.</p>

Wahlkreis 49	 Hajo Siemes	 Michael Schroeren	 Rohat Yildirim	 Oliver Faller	 Klaus Heimbucher	 Hans-Willi Körfges
Positionierung zur These?	JA	NEIN	JA	JA	JA	JA
Positionierungsoptionen	„Stimme zu“		„Stimme nicht zu“		„Unentschlossen“	
Eine Dichtheitsprüfung sollte nicht grundsätzlich, sondern nur bei Verdacht auf Mängel im Abwassersystem vorgeschrieben sein.				<p>Eine generelle Pflicht zur Dichtheitsprüfung ist weder ökologisch sinnvoll noch ökonomisch vertretbar.</p> <p>SPD und Grüne stellen Hauseigentümer unter Generalverdacht.</p> <p>Die FDP widersetzt sich dieser Gängelung und wird im Landtag einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Dichtheitsprüfung einbringen.</p>	<p>Eine generelle Dichtheitsprüfung verursacht hohe Kosten, obwohl das Abwassersystem eventuell intakt und das Gefahrenpotential bei Defekten gering ist.</p> <p>Sie ist daher nicht verhältnismäßig.</p>	<p>Schutz des Grundwassers ist wichtig.</p> <p>Allerdings müssen die Verfahren und Fristen zur Prüfung überdacht werden und die Prüfung von privaten und öffentlichen Kanälen möglichst gleichzeitig erfolgen.</p>
Wir brauchen ein Tempolimit von 120 Stundenkilometern.	<p>Ein Tempolimit würde das Unfallrisiko erheblich mindern und den Schadstoffausstoß ebenfalls erheblich verringern.</p> <p>Wir brauchen dringend ein Tempolimit vor allem auf allen Autobahnen.</p>			<p>Ein allgemeines Tempolimit ist nachweislich weder dazu geeignet, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, noch die CO2-Belastung der Umwelt zu verringern.</p> <p>Statt die Autofahrer unnötig zu schikanieren, setzt die FDP auf intelligente Verkehrsleitsysteme.</p>	<p>An die Verkehrssituation angepasste Tempolimits halte ich für sinnvoller als ein generelles Tempolimit.</p> <p>Dieses Thema wird bei den PIRATEN kontrovers diskutiert.</p>	<p>Geschwindigkeitsbegrenzungen müssen situativ eingesetzt werden</p>
Das Land sollte weniger neue Straßen bauen, aber mehr Geld in den Erhalt der bestehenden Verkehrswege stecken.	<p>Das Geld was beim Neubau von Straßen eingespart wird soll in die Infrastruktur von Bahn- und Busverkehren eingesetzt werden.</p> <p>Außerdem soll ein sicheres Radwegenetz vor allem in den Städten ausgebaut werden.</p> <p>Weitere Eingriffe in Natur und Landschaft sollen für zusätzliche Straßen vermieden werden.</p>			<p>Zweifellos muss mehr Geld in die Erhaltung der Straßen investiert werden.</p> <p>Der bedarfsgerechte Ausbau des NRW-Straßennetzes darf dabei jedoch nicht vernachlässigt werden.</p> <p>Die rot-grüne Blockade notwendiger Lückenschlüsse und Umgehungsstraßen schadet dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.</p>	<p>Die PIRATEN setzen sich für einen Ausbau des ÖPNV, für die Verbesserung der bestehenden Infrastruktur und die Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene ein.</p>	<p>Erhalt vor Neubau.</p>



Wahlkreis 49	 Hajo Siemes	 Michael Schroeren	 Rohat Yildirim	 Oliver Faller	 Klaus Heimbucher	 Hans-Willi Körfges
Positionierung zur These?	JA	NEIN	JA	JA	JA	JA
Positionierungsoptionen	„Stimme zu“		„Stimme nicht zu“		„Unentschlossen“	
Die Ladenöffnungszeiten sollten unangetastet bleiben, und nicht wieder eingeschränkt werden.	<p>Die Ladenöffnungszeiten bis 22 Uhr dienen in erster Linie den großen Konzernen.</p> <p>Kleine Läden profitieren nicht davon sondern müssen mit höheren Kosten rechnen.</p> <p>Außerdem ist die jetzige Ladenöffnungszeiten familienfeindlich.</p> <p>Eine Reduzierung der Öffnungszeit bis 20 Uhr an Wochentagen wäre sinnvoll.</p>			<p>Das liberale Ladenöffnungsgesetz hat sich in der Praxis voll und ganz bewährt.</p> <p>Verbraucher und Einzelhändler sollen auch künftig selbst entscheiden, wann sie einkaufen oder ihre Geschäfte öffnen.</p> <p>Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger nicht bevormunden und lehnen die rot-grünen Ladenschluss-Pläne ab</p>	<p>Die Regelung der Ladenöffnungszeiten sollte vom Land auf die Kommunen übertragen werden. Um Arbeitnehmer zu entlasten wäre eine Regelung, bei der keine Angestellten nach 22 Uhr bzw. an Sonn- und Feiertagen beschäftigt werden dürfen, wünschenswert.</p>	<p>An Sonn- und Feiertagen ist eine Begrenzung sinnvoll.</p> <p>Es muss ein vernünftiger Ausgleich zwischen den Interessen der Geschäftsinhaber, der Kunden und der Beschäftigten gefunden werden</p>
Geistiges Eigentum muss im Internet besser geschützt werden.				<p>Ein modernes Urheberrecht muss den fairen Ausgleich zwischen Nutzern und Anbietern schaffen.</p> <p>Es muss Schutz und Anreiz für neue Ideen und gegen Produktpiraterie bieten, wobei nicht alles überall Eins zu Eins ins Netz übertragen werden kann, ohne dadurch die Freiheit im Internet in Frage zu stellen.</p>	<p>Es muss eine grundlegende Reform des Urheberrechts stattfinden, bei der unter anderem die Rechte der Urheber gegenüber den Rechteinhabern gestärkt werden müssen.</p>	<p>ACTA ist der falsche Weg.</p> <p>Ein zeitgemäßer Schutz von geistigem Eigentum kann auch anders erfolgen.</p>

(c) Bürgerzeitung